D 20179 F

# Das Reichsbanner

Nr. 4 28. Jahrgang Dezember 1984

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

# Ist der Pazifismus eine Lösung?

Von Colonel o.r. PAUL DE GROOT, Belgien — Übersetzt von ROBERT BECKER

(Fortsetzung und Schluß des Artikels „Ist die Armee ein notwendiges Übel?" in der Nummer 2/1984 von DAS REICHSBANNER Originaltitel: „L'Armee un mal necessaire? Le Pacifisme une solution?" Aus dem Organ „La Voix internationale de la RESISTANCE".)

## Parteilichkeit des Pazifismus

Die Aktionsgruppen für den Frieden und die Abrüstung sprechen kaum von dem Terror, welcher in den kommunistischen Ländern herrscht. Sie haben überhaupt keine Kritik über den kriminellen Terrorismus geübt, der sich gegen die westlichen Regierungsformen richtet. Sie haben die sowjetische Invasion in Afghanistan mit Stillschweigen übergangen; sie sprechen niemals von der „Schandmauer" in Berlin und schweigen über die Unglücklichen, die dort grundlos getötet wurden. Sie verschließen die Augen gegenüber dem vollständigen Mangel an der Achtung vor den Menschenrechten in den Ländern, die noch immer von der Sowjetunion besetzt sind. Sie machen sich keine Sorgen um die Gewaltaktionen gegen Israel und Afghanistan. Sie schweigen zu der Unterstützung der Revolutionäre durch die Sowjetunion in Afrika, Zentralamerika und in Asien. Solange die Apostel des Friedens sich nicht sorgen wegen dieser Gewaltaktionen, ist ihre Aktivität verdächtig und zweifelhaft.

Jeder Bürger, der sich sorgt um seine Freiheit und um den Frieden, muß wissen, daß die kommunistischen Regime eine äußerst listige internationale Politik betreiben. Gegenüber der freien Welt lassen sie einen lebhaften Friedenswunsch erscheinen, um die Wachsamkeit der westlichen Verteidigung zu schwächen und deren Einheit zu spalten.

Es ist wichtig, auf die Parolen zurückzukommen, welche Lenin am 27. Mai 1921 auf dem 11. kommunistischen Kongreß verkündet hatte:

*"... in jedem „bourgeoisen" Land besteht die Strömung, welche man Pazifismus nennen kann. Wir, die Kommunisten, haben eine fest gefügte Meinung über den Pazifismus, aber es wäre abwegig, sie bekanntzugeben."*

Um jeden möglichen Zweifel über den Sinn seiner Parolen auszuräumen, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, was Lenin am 21. Januar 1917 bereits auf dem 3. Sowjetkongreß erklärt hatte und was heute noch gültig ist:

*„Im Kampf der Klassen kann kein Problem gelöst werden als durch die Gewalt. Diese Gewalt akzeptieren wir."*

Die Friedenstauben verlören gewiß den Mut, wenn sie über die Worte nachdächten, die der mexikanische Bischof Mendes Arceo de Cuernavaca ausgesprochen hatte anläßlich einer Pressekonferenz in Santiago/Chile im April 1972. Er erklärte, daß der Marxismus und selbst die revolutionäre Gewalt mit dem Christentum zu vereinbaren seien. Er fügte noch hinzu:

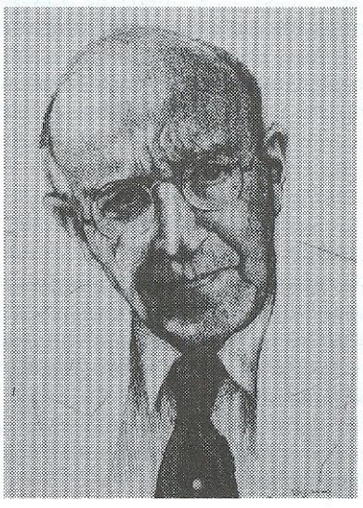
*„Das Christentum entscheidet nicht, was gewaltsam ist oder was nicht gewaltsam ist. Solches ist nicht eine Frage der Lehre sondern des Lebens!"* Gewisse Christen scheinen eine doppelte Auffassung zu haben über diese Haltung gegenüber der Gewalt: Die Gewalt der revolutionären Linken ist erlaubt, aber die Verteidigung unserer Zivilisation durch demokratische Armeen ist verdammt. Diese Auslegung ist nicht aus der Luft gegriffen; sie ist das Ergebnis des psycho-strategischen Krieges, wie er von den Sowjets geführt wird.

Die Christen müssen sich dessen bewußt werden, daß sie von dem Augenblick an mitleidslos weggeworfen

## Zum Gedächtnis

Am 28. November 1984 verstarb unser Bundesvorsitzender, Hubertus, Prinz zu Löwenstein. Wir gedenken seiner in unserer Betrachtung und durch die Wiedergabe von Zuschriften in dieser Ausgabe. Wir gedenken zu gleicher Zeit all unserer im Jahre 1984 verstorbenen Kameraden, die wir ehren durch unser stetes Streben nach Freiheit, Recht und Menschenwürde.

Denn der Mensch, der zur schwankenden
Zeit auch schwankend gesinnt ist,
der vermehret das Übel
und breitet es weiter und weiter;
aber wer fest auf dem Sinne beharrt,
der bildet die Welt sich.
(Johann Wolfgang von Goethe
in „Hermann und Dorothea")



werden, zu dem sie für die Revolution nicht mehr nützlich sein können. Man hat dies in der „PRAWDA" vom 14. Juni 1972 lesen können:

*„Die Arbeiter müssen von der marxistisch-leninistischen Philosophie durchdrängt werden, das ist der eigentliche Gehalt des ideologischen Kampfes. Die wissenschaftlich-atheistische Erziehung ist das beste Mittel, den Arbeitern eine materialistische Weltanschauung zu vermitteln.*

*Deshalb muß die Religion in ihrer Wurzel vertilgt werden. Welches sind die Methoden, um die Religion zu bekämpfen? Die Erziehung dazu allein genügt nicht. Was nötig ist, das ist die Revolution, die Umkehrung der politischen und ökonomischen Strukturen."* Dieser Text müßte gewissen Verantwortlichen christlicher Organisationen zu denken geben, vor allem denjenigen, welche bewußt oder unbewußt an der Zerstörung der politischen und ökonomischen Strukturen mitarbeiten, weil sie in Wirklichkeit an der eigenen Zerstörung arbeiten.

## Aktion der Pazifisten

Mehr und mehr wird die Bevölkerung durch pazifistische Slogans beeinflußt und manipuliert, die ihren Ursprung in Moskau haben. Diese Manipulation hat uns schon ernsthafte Schäden verursacht. So haben wir z.B. in Belgien die Aktionen gegen die Armee (Plan VDB) und gegen den Kauf neuer Kampfflugzeuge (Jahrhundertvertrag) erlebt. Auf dem internationalen Felde hat die Aktion gegen den Bomber B 1 stattgefunden mit der Folge, daß die USA auf das Konstruktionsprojekt verzichteten. Es gab eine Kampagne gegen die Neutronenbombe, welche einen Schaden von Milliarden verursachte, und welche CARTER verleitete, das Projekt aufzugeben. Dann waren es die Pershing 2 und die Cruise-Raketen, welche von Moskau angegriffen wurden und werden, weil sie auf eine mögliche Attacke der Atomraketen SS 20 antworten könnten, und weil sie das Gleichgewicht der atomaren Kräfte herstellen würden. Die große Neuheit ist, daß die Sowjets sich direkt an die europäischen Länder gewandt haben, um diese Waffen zu bekämpfen, und nicht an die USA, von denen doch diese Waffen abhängig sind. Die unmittelbaren Ziele Moskaus sind sehr klar. Sie möchten die westliche Einheit zerbrechen, nicht allein das amerikanisch-europäische Bündnis sondern auch die Einheit der europäischen Länder untereinander. Sie wollen darüber hinaus anschaulich beweisen, daß die USA ihre Überlegenheit zugunsten der Russen verloren haben. Schließlich möchten sie ihre Überlegenheit gegenüber den westlichen Ländern verstärken, um diesen mehr und mehr ihren Willen aufzuerlegen.

Westeuropa hat Angst und ist oft glücklich, sein immer größer werdendes Unvermögen hinter einer erdichteten Entspannung verstecken zu können. Die Sowjets bedienen sich dieser psycho-politischen Wirkung, welche sie selbst erzeugt haben, und drohen den westlichen Ländern wegen der Stationierung der Nuklearwaffen auf deren Territorien, die zu deren Verteidigung notwendig sind.

## Für den Frieden in Freiheit

Die oft gehörte Ansicht, daß ein sowjetischer Angriff nicht zu befürchten sei, hat keinerlei Einfluß auf die Leute, welche die Wirklichkeit kennen und verfolgen. Aber ein sehr großer Teil der Bevölkerung zeigt wenig Interesse für die internationale Politik und akzeptiert die erwähnte Ansicht als richtig und wirklichkeitsnah. Und dennoch ist dies ein verhängnisvoller Irrtum; das ist eine Trübung der öffentlichen Meinung.

Die Regierung muß gegen jede derartige Trübung kämpfen, wie auch gegen die Trübung der Begriffe. Infolgedessen hat sie die Pflicht, die Bevölkerung über die internationale Politik und ihre Strategie sachlich zu informieren. Die Regierung muß die Bevölkerung über die Gefahren aufklären, welche auf unseren Demokratien lasten. Man muß zumindest einsehen, daß die Bürger getäuscht werden können — und das im Namen der Demokratie. **Es ist nötig, daß sich die westlichen Völker mehr für den wahrhaften Frieden interessieren und für die wahre Freiheit und nicht für die „PAX SOVJETICA".**

**Jedermann wird verstehen müssen, daß das verführerische Gurren der pazifistischen Gesänge durch subversive Elemente meisterhaft orchestriert und dirigiert wird. Das pazifistische Rauschen ist eine der strategischen Waffen, die zu der listigsten und perfidesten der psychologischen Kriegsführung gegen die westliche Zivilisation zählt. Was diejenigen betrifft, die bewußt an dieser listigen Unterminierung der öffentlichen Meinung teilnehmen: das ist der Gipfel der Scheinheiligkeit.**

**Es sind nicht die Armeen und die Waffen, welche Kriege verursachen, sondern die Angriffslust, die dem Menschen anhaftet, der schuldig ist. Nehmt den Armeen die Waffen, die Angriffslust wird fortbestehen, ebenso der Geist des Herrschens und des Dünkels. Die sich ereifernden Gruppen werden sich mit Messern schlagen und mit allem, was ihnen in die Hände fällt. Beseitigen sie die Messer, sie werden sich mit den Fäusten prügeln. Entfernen sie die Fäuste, sie werden sich mit den Zähnen und mit den Füßen bekämpfen. Nur die Gefahr ihrer eigenen Vernichtung kann sie daran hindern.**

**Gegenwärtig gibt es unglücklicherweise nur ein Mittel, den 3. Weltkrieg zu vermeiden: Durch die Wirkung der Abschreckung bei dem potentiellen Aggressor jegliche Angriffslust zu vertreiben.Diese Abschreckung wird nicht allein durch die Verfügbarkeit der notwendigen modernen Waffen erreicht. An ihrer Seite muß die Willenskraft der westlichen Völker entwickelt werden, um jeden Preis danach zu trachten, in Freiheit und in Frieden zu leben, indem sie für eine Brüderlichkeit unter allen Menschen kämpfen.**

Es gibt keinen Menschen, der nicht die Freiheit liebte, aber der Gerechte fordert sie für alle, der Ungerechte nur für sich allein.

Börne

Das Reichsbanner, Offizielles Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold/Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin. Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Nr. 4 — Dez. 1984 — 28. Jahrgang — erscheint seit 1924
Herausgeber und Verlag: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. Bundesvorstand, Reineckstr. 7., 6000 Frankfurt 1, Postfach 40 07, Ruf (0 61 93) 8 97 39
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft, Kto.-Nr. 10077651 Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 51115-600
Verantwortlich: Robert Becker, Offenbach — Helmut Esser, Rüsselsheim — Siegfried Keiling, Bad Homburg — Fritz König, Frankfurt — Hubertus Prinz zu Löwenstein, Bonn — Georg Prinz, Diedenbergen.
Druck: Industrie- und Wirtschaftswerbung GmbH, 6000 Frankfurt

**Die unter Verfassernamen oder Kurzzeichen erschienenen Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar und unterliegen allein der Verantwortung der Verfasser.**
Erscheint vierteljährlich — Einzelpreis DM 1,50

# Berliner Abgeordnete bei der Bundeswehr

**Von BODO THOMAS — Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin**

In den Sommer- und Herbstmonaten des Jahres 1984 haben zwölf Mitglieder der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin vierzehntägige Wehrinformationsübungen bei der Bundeswehr abgeleistet. Im Bundesverteidigungsministerium gab es nicht geringes Kopfzerbrechen, ob Berliner zu solchen Übungen überhaupt einberufen werden können; gilt es doch, den entmilitarisierten Status von Groß-Berlin zu respektieren. Die juristische Hürde wurde genommen. Wenn auch in Berlin (West) die Wehrgesetze der Bundesrepublik keine Geltung haben, so kann sich jeder Westberliner als deutscher Staatsangehöriger freiwillig zur Bundeswehr melden. Warum also nicht auch Abgeordnete.

Die zwölf Abgeordneten haben sich am Ende der Wehrinformationsübungen ohne Ausnahme zu weiteren Reserveübungen verpflichtet. Was steckt hinter dieser — manchen Zeitgenossen verblüffenden und befremdenden — Bereitschaft?

Die Abgeordneten lernten in der Bundeswehr einen sozialen Organismus kennen, den sie im politischen Leben schmerzlich vermissen. Intrige, Seilschaften und Kunkeleien sind in der Bundeswehr weithin unbekannte Kategorien. Kameradschaft, Corpsgeist und Verläßlichkeit der Truppe und ihrer Führer beeindruckten und lösten bei den Abgeordneten ein starkes emotionales Bindungsgefühl aus.

Zum anderen: Die Bundesrepublik Deutschland ist durch ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturell-wissenschaftlichen Eliten zu einem ,,Koofmich-Jobber- und Spekulanten-Staat" verkommen. Der Staat als Selbstbedienungsladen für alle, die sich auf schnelles und rücksichtsloses Zugreifen verstehen; ein diffuses Gemisch von staatlicher Verantwortung und wirtschaftlicher Vorteilsnahme; so präsentiert sich die Republik dem Betrachter. Hingabe, Selbstlosigkeit und unbedingtes Eintreten für die Sache, der man sich verschworen hat, prägen hingegen den Geist der Truppe. Die sittliche Idee des Staates hat in der Bundeswehr noch eine Heimstatt.

Die jungen Wehrpflichtigen, die Entbehrungen bei knappen Sold auf sich nehmen, strafen diejenigen Lügen, die meinen, diese Jugend sei nur zum Genuß fähig. Unteroffiziere und Offiziere, die im Vergleich zu anderen Gruppen des öffentlichen Dienstes miserabel bezahlt werden, zeigen einen bewundernswerten Diensteifer. Die Vierzig-Stunden-Woche ist für sie ein unbekanntes Phänomen. Fünfzig und sechzig Dienststunden sind keine Seltenheit. Feldwebel und Leutnante tragen für Millionenwerte Verantwortung, die in der übrigen Verwaltung Beamten übertragen ist, die drei oder vier Gehaltsgruppen besser eingestuft sind. Zugführer und Kompaniechefs leisten eine Erziehungsarbeit, die häuig genug auch die Korrektur schulischer Mängel und Versäumnisse einschließt. Dabei ist zu bedenken, daß die Lehrereinstellungsgruppe A 13 für die meisten Offiziere ein Traum ist, der sich erst für die über Vierzigjährigen erfüllt.

Alle Abgeordneten dienten in Truppenteilen, die nahe an der deutsch-deutschen Grenze disloziert sind. Offiziere und Soldaten wissen um das Risiko ihres Auftrages. Wir trafen niemanden, der nicht den Frieden als höchstes Prinzip der internationalen Beziehungen anerkannte. Zugleich aber gibt es die klare Erkenntnis, daß den Großmachtambitionen der Sowjetunion ein überzeugendes Militärpotential entgegengesetzt werden muß. Durch treue Pflichterfüllung dem Frieden dienen ist das alle Bundeswehrangehörige verbindende Motiv.

Alles in allem: Geist und Haltung der Truppe haben uns überzeugt.

> Die Regierungen, welche die Schlagkraft ihrer Armee als ursprüngliche Wichtigkeit nicht beachten, führen ihr Land in den Untergang.
>
> Lenin

> Welches auch der Preis der Verteidigung sei, er ist immer weniger hoch als derjenige der Knechtschaft.
>
> Vauvenargues

# Der Nazismus ist nicht tot

**Von MARIE-MADELEINE FOURCADE, Paris — Übersetzt von WILHELM SCHEIDWEILER**

In diesem Jahr war der 40. Jahrestag der Invasion an der Atlantikküste und das nächste Jahr wird das 40. nach dem Sieg der Alliierten über den Nazismus sein. Wird dieser Sieg vollständig sein, war damals unsere Frage. In der Euphorie über das Ende der mörderischen Kämpfe, in der Freude über die Rückkehr der überlebenden Gefangenen aus Festungen und unzähligen Nazi-Kzs. haben wirklich nur wenige angenommen,- Hitler war ja tot -, daß Überbleibsel des Nazismus wieder erstehen könnten, quer durch eine Welt, die dabei war, ihre Wunden zu heilen. Wegen diesem doch erfolgten Wiedererstehen ist die ,,Union internationale de la Resistance et de la Deportation" geboren worden. Männer und Frauen aus dem internationalen Widerstand, die sehr lange dem ,,Führer" die Stirn geboten hatten, haben sich zusammengefunden, um die Gefahr anzuzeigen. Es ist ihnen gelungen zu verhindern, daß sich der Plan ausbreitete und verwirklichte, den gewisse Naziführer, von denen noch viele am Leben sind, einige Monate vor dem Zusammenbruch des ,,Dritten Reiches" geschmiedet hatten.

Am 22. und 23. September 1984 wird die UIRD in Brüssel das ,,Comite des Experts de la lutte contre le fascisme et le nazisme" (Sachverständigenausschuß für den Kampf gegen Faschismus und Nazismus) wieder gründen. Es scheint uns nötig, - ohne den Beschlüssen, die bei dieser Zusammenkunft gefaßt werden, vorzugreifen - , aufs neue die Alarmglocke zu betätigen. Der Versuch, gefälschte Erinnerungen Hitlers zu veröffentlichen, die merkwürdige Art, mit der Medien in Deutschland die Gedenkfeiern der Invasion in Frankreich dargestellt haben, sind u.a. Anzeichen, die uns zur Auffassung bringen, daß das Verharmlosen des Hitler-Regimes einen beunruhigenden Umfang annimmt.

Gleichwohl möchte ich vorher schon den Unterlagen der Begegnung einen Artikel beifügen, der in der ,,BZ" vom 19. Februar 1982 erschienen ist und der nicht den Widerhall gefunden hat, den er verdiente. In diesem Artikel enthüllte der Direktor des Bundeskriminalamtes, Gerhard BOEDEN: ,,Moskau steht hinter den Nazigruppen in der Bundesrepublik Deutschland." Er erklärte im Verlauf einer Konferenz über den Terrorismus, daß vielfache

Anzeichen darauf hindeuten, daß sich die Geheimdienste der UdSSR hinter der „RAF" wie auch hinter Kämpfern der äußersten Rechten befanden. Der Direktor des Bundeskriminalamtes fügte hinzu, daß er Beweise in Händen habe, die darauf hindeutenten, daß der Ostblock und seine deutschen Agenten im Begriff seien, Nazigruppierungen in der Bundesrepublik zu gründen, um beschwörend auf die Gefahr des Wiedererstarkens des Nazismus in Westdeutschland hinweisen zu können.
Die Sowjets treiben hier ein böses Spiel, wenn sie auf derartiges hinweisen wollen! Ihre Verbündeten im Warschauer Pakt sind doch auch die Deutschen in der DDR.
Und was finden wir unter den führenden Deutschen in der DDR? In der „Berliner Morgenpost" vom 20. Dezember 1981 hatte uns ein Artikel mit der Überschrift „So werden aus braunen Nazis rote" die Dinge öffentlich bestätigt, die wir in der UIRD bereits kannten seit die Sowjets sich damit begnügten, die Ostdeutschen ohne weitere Formalitäten zu amnestieren. Daraus ergeben sich zahlreiche Beispiele, von denen einige nachstehend aufgeführt werden:

Kurt NIER, stellvertretender DDR-Außenminister seit 1973, war NSDAP-Mitglied mit der Nummer 9 770 434. Er wurde von Ostberlin mit der Aufgabe betraut, die westdeutschen und berliner Fragen zu behandeln. Stellvertretender Staatsratsvorsitzender der DDR, rechte Hand des SED-Generalsekretärs, ist Heinrich HOMANN, der am 1.5.33 in die NSDAP eingetreten war und unter der Nummer 3 279 531 geführt wurde. Zusammen mit den Kommunisten hatte er 1948 die Nationaldemokratische Partei (NPD) gegründet, in deren Schoß viele Braunhemden rot wurden.
In die NPD trat auch der ehemalige Generalmajor der deutschen Wehrmacht, Arno von LENSKI bei, der von 1939 bis 1942 Richter am nationalsozialistischen Volksgerichtshof war. Er wirkte nachweislich an 20 Terrorurteilen gegen deutsche, polnische und holländische Staatsbürger mit. 1958 wurde Arno von LENSKI mit der Medaille „Kämpfer gegen den Faschismus 1933 bis 1945" ausgezeichnet. Die drei letzten Präsidenten der Ostberliner Akademie der Wissenschaften waren:
Professor Werner HARTKE, ehemals NSDAP-Mitglied unter der Nummer 5 775 911, in der DDR mit dem „Nationalpreis der DDR" ausgezeichnet.
Professor Hermann KLARE, ehemals NSDAP-Mitglied unter der Nummer 4 045 559, in der DDR mit dem „Karl-Marx-Orden für Völkerfreundschaft" ausgezeichnet.
Dr. Werner SCHELER, ehemals NSDAP-Mitglied unter der Nummer 8 661 835, in der DDR mit dem „Nationalpreis der DDR" ausgezeichnet. SCHELER war sogar Vollmitglied des Zentralkomitees der SED.

Unter den führenden DDR-Juristen sind zu finden:
Ehemaliger Landgerichtsrat im „Dritten Reich", Herbert KRÖGER, am 3.10.1933 Eintritt in die SA, am 1.5.1937 Eintritt in die NSDAP, Mitglieds-Nr. 5 384 346, Eintritt in die SS am 31.7.1938, Mitglieds-Nr. 310 206, wurde zu einem der führenden DDR-Juristen, SED-Abgeordneter der Volkskammer; hohe juristische Positionen und Auszeichnungen: „Verdienter Hochschullehrer der DDR", „Vaterländischer Verdienstorden der DDR in Gold".
KRÖGER war der Verteidiger der KPD im Verbotsprozeß vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.
Ernst MELSHEIMER, ehemals Landgerichtsdirektor und Angehöriger des NS-Rechtswahrerbundes, war mit dem NS-Blutrichter Roland Freisler befreundet. 1944 war er zum Reichsgerichtsrat vorgeschlagen, die Ernennung aber durch das Kriegsende nicht mehr durchgeführt worden. In der DDR wurde er Mitglied der KPD bzw. SED. Er erklomm die höchsten Stufen der DDR-Justiz, wurde Generalstaatsanwalt und oberster Ankläger der DDR. Auf sein Konto gehen ca. 800 Todesurteile, 19 lebenslange Haftstrafen und zahlreiche politisch motivierte Terrorurteile gegen aktive Gegner des kommunistischen Regimes.

Auch im Fernsehen und in der Presse der DDR haben sich viele ehemalige Nazis eingenistet. Ein Buch mit dem Titel „Braunbuch" gibt auf 420 Seiten noch zahlreiche Einzelheiten bekannt. Die Entscheidung, welche die Sowjets gefaßt hatten, nämlich eine allgemeine Amnestie für die ehemaligen Nazis zu verkünden, findet ihre tiefere Bedeutung im Zusammenhang mit dem Versuch der Destabilisierung Westdeutschlands, der augenblicklich durch die Verhärtung der Standpunkte auf beiden Seiten an der Tagesordnung ist. Das sind die Bedrohungen, die auf dem Westen lasten.

Dieses alles wird die UIRD abwägen und beurteilen, wenn das „Expertenkomitee" zusammentritt, dem vorzusitzen ich die Ehre haben, zusammen mit Simon WIESENTHAL, Roger KATZ, Robert CANTOORT, Georg PRINZ und unserem internationalen Präsidenten Dr. Léon BOUTBIEN.

(Der Originaltitel lautet: „Nazisme pas mort"! der Artikel ist der internationalen Schrift unseres Dachverbandes „La Voix internationale de la RESISTANCE", 3. Quartal 1984, entnommen. Die Autorin, Madame Marie-Madeleine Fourcade, ist die 1. Vizepräsidentin der UIRD und Präsidentin des „Comitee d'Action de la Resistance")

---

Wir geben nachstehend einen aktuellen Leserbrief wieder, den Herr Klaus-Peter Sauer, Hamburg, im Dezember 1984 an eine deutsche Tageszeitung geschrieben hat:

„Zu einem Zeitpunkt, an dem einerseits Sozialleitungen gekürzt werden, andererseits der Bundestag eine Diätenerhöhung plant, ist vielleicht nachfolgender historischer Brief interessant:

Der Reichspräsident Berlin, den 15. Oktober 1923
Hochgeehrter Herr Reichskanzler!
Im Hinblick auf die finanzielle Lage des Reiches und den Ernst unserer Zeitverhältnisse habe ich mich entschlossen, mit Ablauf dieses Monats bis auf weiteres auf die Hälfte der mir zustehenden Aufwandsgelder zu verzichten. Ich bitte den Herrn Reichsfinanzminister entsprechend zu verständigen.
Mit der Versicherung meiner besonderen Wertschätzung bin ich
Ihr sehr ergebener E b e r t

Zur Nachahmung empfohlen!"

---

## Friedrich E B E R T-Gedenkfeier

Im Februar 1985 wird in Heidelberg auf dem Bergfriedhof eine Gedenkfeier zum 60. Todestag des ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert stattfinden, zu der auch der Bundespräsident seine Teilnahme zugesagt hat. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wird dort vertreten sein.

# Resolution der Brüsseler Konferenz

**Aus dem Französischen übersetzt von ROBERT BECKER**

Das Komitee der Sachverständigen der „Union Internationale de la Résistance et de la Déportation" hat auf seiner Tagung am 22. und 23. September 1984 in Brüssel einen Meinungsaustausch mit vertiefenden Ansichten über die internationale Lage mit qualifizierten Vertretern aus 11 demokratischen Ländern vorgenommen.
Das Komitee stellt ein jüngstes Anwachsen der Gefahren fest, die dem Nationalsozialismus entsprossen sind, wie auch dem Antisemitismus und dem Rassismus. Diese Gefahren sind auch in der Beziehung zur erschwerten internationalen Wirtschaftskrise und zum Anstieg der Arbeitslosigkeit zu sehen.
In einem solchen Zusammenhang entwickelt sich eine Tendenz zur Destabilisierung der demokratischen Regierungsformen, was durch den sowjetischen Imperialismus geplant und angetrieben wird, wie auch durch den islamischen Fanatismus. Die finanziellen Mittel entspringen mehreren extremistischen Quellen. Im Interesse der Erhaltung demokratischer Regierungsformen ist es nötig, mit Hilfe aller Informationsquellen die Herkunft dieser Mittel zu untersuchen und in der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Sie sind verschiedenartig gekleidet: Von der ausgeprägten Nutzung der militärischen Mittel bis zur psychologischen und methodischen Unterwanderung in Verbindung mit einem neutralen Anschein. Die Subversion findet Unterstützung ebenso durch den Informationsmangel der „Massenmedien" wie auch durch die Verfälschung von Informationen.
Heute sind die demokratischen Regierungen mangels Übereinstimmung ohne Mittel, solche Praktiken zu bekämpfen, es sei denn, sie würden in jedem Lande für sich eine gerechte Abwehr erfinden.

Aus diesem Grunde der Unfähigkeit und Ohnmacht der bestehenden internationalen Organisationen wiederholen die Sachverständigen der UIRD feierlich ihren Vorschlag, einen internationalen Gerichtshof zu schaffen, der beauftragt wird, über alle Verbrechen gegen die Demokratie zu unterrichten wie auch über alle Komplizenschaften, welche den internationalen Terrorismus aufrechterhalten, und welche die Unabhängigkeit und Freiheit der Staaten bedrohen.

In dem menschlichen Drama der Unterdrückten verlangt das Komitee von den demokratischen Staaten, das Asylrecht gegenüber denjenigen Juden aus der Sowjetunion zu gewähren, die es wünschen würden, in einem Land ihrer Wahl aufgenommen zu werden.

Leider hat die Respektlosigkeit der Sowjetunion gegenüber den Übereinkünften von Helsinki über die Freiheit der Person die Hoffnungen zerstört und die Vereinbarungen als hinfällig und als unfruchtbar in nachfolgenden Konferenzen erwiesen.

**Die UIRD und ihre Sachverständigen sind ohne Vorbehalt solidarisch mit allen Widerstandshandlungen, die hier und dort in der Welt sich für die Menschenwürde und für die Freiheit der Völker einsetzen.**

**Marie-Madeleine FOURCADE, Präsidentin des Komitees der Sachverständigen**
**Docteur Léon BOUTBIEN, Präsident der UIRD**
**Simon WIESENTHAL, Berichterstatter**
**Roger D. KATZ, Generalsekretär**

---

## Zum neuen Jahr 1985 unsere guten Wünsche

**allen Angehörigen, Freunden und Gönnern des**

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und des Freiheitsbundes Berlin e.V.

Wenn je der unerbittliche Kampf des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in schwerer Zeit — mit dem damals symbolisierenden Ruf und Gruß „FREIHEIT" — seinen geschichtlichen Wert behalten soll, dann muß der Kampf um die freiheitlichen Ideale, — die sogar schon vor 200 Jahren ihren hohen dichterischen Glanz durch die wunderbare klassische deutsche Sprache eines Friedrich Schiller erhalten hatte, — fortgesetzt werden. Das sind die Lebenden den Opfern schuldig.
Der geistige und moralische Kampf gegen jegliche totalitäre Versuchung muß in alle Winkel getragen werden; er muß unverzüglich auch an die Seite des militärischen Sektors gestellt werden. Was wäre die Freiheit nach innen, wenn sie nach außen unbeachtet bliebe? Gerade wegen der propagierten Gleichgewichtigkeit der Bewaffnung der Weltmächte wird die Schlacht nicht an der militärischen Front, sondern auf dem Felde der politischen Auseinandersetzung entschieden.
Alle Probleme der Gegenwart, Wirtschaftskrisen, Schuldenkrisen der Entwicklungsländer, Hungerkatastrophen in Afrika, Terrorismus allüberall und apokalyptische Zerrbilder, Fanatismus und Unwissenheit bei allen Völkern und nicht zuletzt die Notwendigkeit der weltweiten Abrüstung gehören unmittelbar in die Auseinandersetzung. Wir müssen sie offensiv führen, wie müssen sie selbstbewußt führen, wir müssen sie für die Freiheit, für die Gerechtigkeit und für das Menschsein für alle zum Siege führen.

-ef

Nur ein Deutschland, getragen von einem
staatsbürgerlichem Bewußtsein und
sozialer Gerechtigkeit, kann erfolgreich
in der Abwehr totalitärer Tendenzen sein.
Die Stärke der Freiheit ist nicht nur
in Divisionen zu sehen.

28. Juli 1952 Kurt Schumacher

DR. ROBERT M.W. KEMPNER LANSDOWNE, USA
PROFESSOR E.H. 2.11.1984

Sehr geehrter Herr Becker,
für Ihren Geburtstagsartikel im „Reichsbanner" sage ich Ihnen meinen besten Dank.
Besonders danke ich Ihnen auch für die in diesem Artikel zum Ausdruck gekommenen guten Wünsche.
Wir müssen weiterkämpfen!

Mit vielen Grüßen
Robert M.W. Kempner

## Armee will sich selbst schützen

Die mit Ironie gewürzte Glosse „Polizei schützt Armee!" in der Reichsbanner-Ausgabe vom September 1984 hat eine schnelle Auswirkung gehabt. Ende November 1984 stand in vielen Presseorganen: „Bei Störaktionen von Demonstranten gegen Manöver will sich die Bundeswehr künftig notfalls „in angemessener Form selbst verteidigen". Das erklärte der Befehlshaber im Wehrbereichskommando IV, Generalmajor Martin Holzfuss, in Mainz.

# Wie möchten Sie es lieber?

von ROBERT BECKER

Parteiverdrossenheit der Bevölkerung; besonders starke Verdrossenheit bei der Jugend. So lautet durchweg die Auslegung in der öffentlichen Meinungsmache. Ein Politiker nach dem anderen bemüht sich opportunistisch — zur eigenen Rechtfertigung — diese Parole nachzulaufen und grüblerisch nach Ursachen zu suchen. Wenn der Streit innerhalb der Parteien oder gar innerhalb einer Koalition und erst recht in unsachlicher Weise zwischen den Parteien lebhafte Blüten treibt, dann geht für viele die Demokratie unter. „Pannen" scheinen das Ende einer Regierungsfähigkeit zu sein.

Es wird bei uns alles so todernst genommen. Journalisten schnüffeln in allen Ecken und freuen sich über jeden „Fund", der skandalträchtig erscheint. Es ist ihr Lebenselixier! Die Zeitungsverleger erhöhen dabei ihre Auflagen. Im Fernsehen treibt es die Kommentatoren um, den Regierenden und den Politikern, diesen Versagern, die Leviten zu lesen. Man kommt der Versuchung nahe zu glauben, diese schreibenden und kommentierenden Oberlehrer und Aufseher der Nation, diese Alleswisser und Besserwisser mit ihren unangreifbaren Zeigefingern — (keiner hat die Chance, ihrem diktatorischen Vortrag zu widersprechen) -könnten eine ganze Nation vor allem Unbill retten, wenn man sie nur auf den Thron ließe. Einer ihrer Häuptlinge, der Augstein, hatte sich einmal für ein paar Tage als Bundestagsabgeordneter versucht und umgehend die Flucht ergriffen. Ohne Verantwortung lebt und kritisiert es sich leichter!

Parteienverdrossenheit? Demokratieverdrossenheit? Demokratie scheint ein schweres Los zu sein. Demokratie ist eben Auseinandersetzung und Öffentlichkeit. Gewiß müssen Auswüchse und Mißbräuche gebremst werden. Doch jedermann, der sich in seiner Sache persönlich — und ganz egoistisch — getroffen fühlt, will an der Klagemauer der Öffentlichkeit stehen und jammern, was das Zeug hält. Wie möchten Sie es lieber? Das wäre die gute Frage an alle Meinungsmacher, die unsere Demokratie als Kloake verteufeln. Eine Einheitspartei? Mehrere Scheinparteien in einer Einheit, wundervolle Einigkeit aller Politiker, schnurgerade ausgerichtet, ohne Falten — den demokratischen Zentralismus Lenins? Die Jubelpresse? Einen Bundestag wie die Volkskammer der DDR -den Klatschgottesdienst? Eine Abstimmunsmaschine mit 100% computergerecht eingespeist? Den Führerstaat mit dem unfehlbaren „Führer"? Zensur und ein paar Jährchen Kz oder Gulag für eine zaghafte Kritik am System, am Staat und an der Obrigkeit?

In der Antwort kommt es auf den Standort des Betrachters an. Demokratie ist eben die vielschichtige und schwierigste Sache der Welt. "Take it easy!" „Nimm es leicht", so trifft man bei anderen die Bewältigung der Mängel. Der Deutsche grübelt schwerfällig und möchte,- wenn schon -, dann alles in reiner Vollendung!

Das ist kein neues Problem in der deutschen Demokratie. Julius Leber, Reichsbannerführer und Reichstagsabgeordneter in der Weimarer Republik, hatte in der Nazi-Haft im Sommer 1933 niedergeschrieben, was ihn am Niedergang und Untergang der Demokratie bewegte. In der „philosophischen Muse" der Gefängniszelle betrachtete er rückwirkend auch das Verhältnis von Politikern und Bevölkerung in der Demokratie. Ein jeder sollte aus seinen unverblümten Erkenntnissen lernen. Lernen aus der Vergangenheit, aus der bitteren Erfahrung, für die Gegenwart und damit für die Zukunft. Damals allerdings — leider — hatte auch niemand lernen wollen trotz guter Warnungen. Sollten wir uns nicht doch lieber von all dem Grübeln befreien mit dem lockeren "Take it easy!"?

---

# Julius Leber 1933: Rückschau auf Weimar

Man sehe sich nur das Wahlrecht an mit seinem Vorgang und seinen Listen. Es wird in seiner eigentlichen Funktion, der Auslese von geeigneten Männern und der Vertrauenskontrolle zwischen Volk und Führung zu dienen, nicht im geringsten gerecht, sondern überträgt einfach die Ochsentour der Parteihierarchie in die Politik. Aber es behindert auch die Bildung großer Weltanschauungsströme, weil Interessenvertretungen aller Art und stets neue Parteigründungen von ihm direkt herangezüchtet werden. Unter solchen Umständen mußte das Ansehen des Reichtages sehr bald schwinden. Außerdem schaltet die Listenwahl alle eigenwilligen Persönlichkeiten, die sich mit der Parteibürokratie nicht abfinden wollen, einfach aus. An die Stelle einiger hunderte durch Volksvertrauen gewählter Männer tritt die Herrschaft der Organisationen und Sekretariate.

Eine solche Parteiherrschaft aber ist niemals demokratische Staatsführung, denn die eigentlichen Machthaber üben ihren Einfluß in verschlossenen Konferenzzimmern aus, anonym, ohne sichtbare Verantwortung. Sie haben deshalb für nichts einzustehen. Sogar das sichtbarste Zeichen der Verantwortung, das Mandat, ist ihnen absolut sicher, wenn sie nur auf der Liste weit genug oben stehen, und ebenso sicher ist ihnen das Parteiamt. Hier fließt die Hauptquelle der Unpopularität der Parteienherrschaft. Das Volk kennt und sieht nicht genug von den Männern, denen es Vertrauen und Vollmacht geben soll. Eine solche Herrschaft der Parteibürokraten, sie mögen kommen, woher sie wollen, fördert auf die Dauer nur das allgemeine Mittelmaß. Es fehlt ihr die freie Konkurrenz der kämpferischen Persönlichkeiten, und starke Charaktere geraten sehr bald mit den allmächtigen Cliquen und Interessentengruppen in Konflikt und werden einsame Außenseiter.

Nur nebenbei sei noch auf ein anderes großes Versehen der Weimarer Demokratie hingewiesen. Volle Freiheit für Parteien und Presse hört sich sehr gut an. Aber eine solche Freiheit paßt nicht für alle Völker in gleicher Weise. Der deutsche Mensch beurteilt die Politik nicht als Machtkampf, in der auf beiden Seiten Menschen mit gleichen Schwächen und Leidenschaften stehen, sondern als ein Ringen um Recht und Gerechtigkeit.

Es ist deshalb so viel Fanatismus in der deutschen Politik, alle scharfe Kritik an öffentlichen Dingen wird ungeheuer tief und ernst aufgenommen, und das innere Gleichgewicht leicht zerstört. Der Franzose ist weniger fanatisch als pathetisch, und kritisch-ironisch. Er weiß,

daß weder Monarchen noch Minister Götter sind, und er will, im Gegensatz zum Deutschen, solche Götter auch gar nicht haben. An dem politischen Selbstbewußtsein des Engländers prallt jede überscharfe Kritik ab.

> Der Ärger des Alltags, den der fremde Beobachter dramatisch als Krise und Chaos einordnet — der Brite sieht das nicht als Herausforderung, sondern als Spiel. Er läßt niemals zu, daß diese Art von Krisen unter seine Haut gehen. Darum sind die Briten trotz aller Krisen lange keine so wehleidige Nation wie die Deutschen. Sie vermögen Unangenehmes leichter zu verdrängen als ihre stets tief getroffenen und verunsicherten teutonischen Vettern.
>
> Fritz Wirth - 1984

Hätten die Unpsychologen von Weimar von diesen seelischen Dingen etwas geahnt, sie wären vorsichtiger gewesen und zu manchen anderen Resultaten gekommen.

**Alles in allem: Demokratie verlangt Verantwortungsbewußtsein und Selbstzucht von jedem Menschen, der seinen Platz haben will im Staatsgetriebe. Hemmungslosigkeit und Verantwortungslosigkeit, Enthaltung und Kritik vertragen sich nicht mit jener äußeren Ordnung, die jedem ein so großes Maß persönlicher Meinungsfreiheit gewährt. Eine starke Staatsautorität hat hier dem Volksbewußtsein Grenzen einzuprägen, allerdings in einer Form, die jedem Staatsbürger das Gefühl größter persönlicher Freiheit läßt.**

**Man wird hier vielleicht den Einwand machen, solche Kritik sei nachträglich und in der Rückschau leicht. Dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Es ist schon in jener, unserer Erinnerung so fern scheinenden Zeit solche Kritik geübt worden. Wer hat es gehört? Wer hat darauf reagiert? Es gab in Deutschland für diese Kritik einfach kein politisches Gewissen. Die Freunde der Demokratie lebten in gesunder Zufriedenheit, in den von ihnen als unwiderruflich gerecht proklamierten Zuständen, und die Gegner lehnten in Bausch und Bogen alles ab, was sich zum neuen Staat bekannte.**

# Laßt den Hitler doch mal ran, er soll zeigen, was er kann!

Wer erinnert sich noch an diesen Slogan? Er ging einmal locker und unbedacht von Haus zu Haus. Ist heute nicht manches ähnlich? Damals waren wirklich schwere wirtschaftliche Krisenzeiten — und keine propagierten. Es ging wirklich ans Eingemachte, spürbar an Leib und Seele. Heute werden vielfach Gespenster gezüchtet zum Zwecke politischer Agitationserfolge.
Sie nannten sich Bewegung, die Nationalsozialisten. Hitler solle zeigen, was er kann, meinten viele, gefühlmäßig beeindruckt, daß die „anderen" nicht mehr zuwege bringen würden. Das Teuflische in Hitlers Plänen, — obwohl deutlich dargelegt, — blieb unbeachtet.
Heute haben wir wieder „Bewegungen". Die GRÜNEN voran. Sie glänzen mit täglich neuen Horrormeldungen der Umweltvernichtung, des Untergangs der Menschheit und des Auswegs nach ihren Plänen des totalen Rückschritts. Das Teuflische im Hintergrund bleibt dabei unbeachtet, obwohl in den Reden, Schriften und Handlungen der GRÜNEN alles erkennbar ist.

> „Die Gewerkschaften müssen das härteste Bollwerk gegen die Grünen werden."
> Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie

Die GRÜNEN haben weder in der Neuzeit die Notwendigkeit des Umweltschutzes noch die Ökologie entdeckt. Aber sie sind die ausgekochten Erfinder der Nutzung von aufschreckenden Schlagworten, Halbwahrheiten und demagogischen „Wissenschaften" aus dem Bereich der Ökologie. Das bringt „Bewegung" unter die Leute und politisches Kapital. Dahinter steckt die handfeste Strategie der vielfarbigen kommunistischen und hilfskommunistischen Korsettstangen in dieser Partei.
Die Parallele in manchen Grundzügen zur Nazibewegung liegt nahe. Als Rudolf Bahro in dem Grundsatzreferat, das ihm der Vorstand aufgetragen hatte, auf dem Bundesparteitag der GRÜNEN in Hamburg mit der Reinheit des Toren verkündigte, daß „die GRÜNEN nach einem ganz ähnlichen Muster wie die Nazis aufsteigen" würden, bemühte sich einer nach dem anderen der „getroffenen Hunde" um Abwiegelung.

Beachten wir einmal ruhig aber wachsam aufschlußreiche Ausdrucksformen:
Rundschreiben des NSDAP-Gaues Rheinland vom November 1929: *„Die letzte Entscheidung, darüber müssen wir uns klar sein, fällt niemals durch die Wählermasse, sondern durch eine ganz straff und disziplinierte und im gegebenen Moment richtig eingesetzte Minderheit."*
MdB der GRÜNEN Otto Schily im Juni 1983: *„Gerade wenn es um Existenzfragen geht, hat vielleicht sogar die qualitative Minderheit ein stärkeres Gewicht als die quantitative Mehrheit."*
Transparente der GRÜNEN auf Tagungen: *„Legal, illegal, scheißegal".*
Auf der NSDAP-Versammlung in Breslau im Juli 1930: *„Für uns steht eins höher, tausendmal höher als ein Ministererlaß, tausendmal höher als eine Polizeibehörde, die Verpflichtung, das letzte zu tun, um das Schicksal Deutschlands zu wenden."*
Die grüne Prominente Petra Kelly im November 1983: *„Wenn wir mit unserem gewaltfreien Widerstand und mit unserem zivilen Ungehorsam Gesetzesregelungen und Gesetze überschreiten, dann ist es deswegen, weil wir einem höherem Gesetz, dem Gesetz des Gewissens, folgen, und weil wir wissen, daß die Macht des Staates nicht absolut ist."*
Laßt die GRÜNEN doch mal ran, um dann zu spät zu wissen, was danach kam? Zurück zum Kienspan? Oder zur Herrschaft der Demagogen, die nicht vor Gewaltexzessen zurückschrecken? Die GRÜNEN in die Verantwortung führen, die einrahmen und auf ihre Wandlungen hoffen? Drei Nationalsozialisten, am 30. Januar 1933 in einem Kabinett eingerahmt und nicht sehr ernst genommen von der überwiegenden Mehrheit der bürgerlichen Minister, ergriffen im Handumdrehen die ganze Machtfülle.

VALERIUS

> „Wir können nicht einfach den Ast absägen, auf dem wir sitzen, um in ein dunkles grünes Loch zu fallen."
> Günter Döding, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten

# in memoriam

Am 28. November 1984 verstarb — für uns alle unerwartet — unser Bundesvorsitzender, Kamerad Hubertus Prinz zu Löwenstein. Er wurde am 14. Oktober 1906 auf Schloß Schönwörth bei Kufstein, Tirol, geboren. Als junger Mann schloß er sich dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold an, um in einer starken Organisation seinen Kampf gegen die Feinde der Republik wirkungsvoll durchsetzen zu können. Deutschland und Europa wären in ihrer Existenz ,,sofort und unmittelbar bedroht", sollte Hitler zur Macht kommen, schrieb er bereits 1930 in einem Leitartikel in der Voss'schen Zeitung, Berlin. In derselben Richtung findet man auch seine Hamburger Dissertation 1931. Seine auffallende, mutige Aktivität veranlaßte die Reichsbannerführung, ihn, das Mitglied der Zentrums-Partei, zum Führer der Reichsbannerjugend Vortrupp Berlin-Brandenburg zu berufen. Das war immerhin eine Sensation. Ein junger Mann von ,,fürstlichem Geblüt" mit großem Engagement für die freiheitliche Republik! In gewissen Kreisen mit kleinem Horizont galt er fortan als der ,,rote Prinz".
Rechtzeitig von Freunden gewarnt, konnte er durch die politische Emigration dem Nazi-Regime entkommen. Von 1933 bis 1946 führten seine Stationen über Österreich, Frankreich und England in die USA. 1934 wurde er von den Nazis ausgebürgert. Seine vielfältigen Tätigkeiten als Politiker, Historiker, Autor und Publizist würden in der Schilderung, wenn die zahlreichen Auszeichnungen hinzukommen, einen Raum einnehmen, der uns nicht zur Verfügung steht. Unter seinen Büchern finden wir in dem Lebensbericht ,,Botschafter ohne Auftrag" (1972) und in der Autobiographie ,,Abenteurer der Freiheit" (1981) die wichtigen Grundlagen seines Wirkens, die gleichzeitig Dokumente der Zeitgeschichte inmitten unseres 20. Jahrhunderts sind.
Viele Mitmenschen haben über ihn geschrieben und ihre Eindrücke wiedergegeben. In dem wieder auflebenden und selbstbewußter werdenden Deutschland nach dem Kriege wurde Hubertus Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg durch seinen ,,Helgoland-Coup" (Dezember 1950/Januar 1951) über die Grenzen hinaus bekannt.
Das von den Engländern als Übungs-Bomben-Ziel mißbrauchte Helgoland besetzte er mit einigen Studenten und verhinderte so die weitere Bombardierung. Er mochte das als eine Art Familienpflicht empfunden haben, denn sein Großvater mütterlicherseits, der englische Staatsmann Henry Lord Pirbright of Pirbright, war 1890 maßgeblich am Zustandekommen des Tausches von Sansibar, der Insel vor Ostafrika im deutschen Kolonialbesitz, gegen das damals englische Helgoland beteiligt.

Es muß hier besonders das Wirken und Werben für das ,,andere Deutschland", für das sich Hubertus in der Emigration in den USA einsetzte, hervorgehoben werden. Das deutsche Volk durfte nicht samt und sonders mit der Nazi-Gewaltherrschaft in den Orkus verdammt werden. Für das Deutschland des guten Willens, der Menschenwürde und der freiheitlichen Chancen hat Hubertus bis zuletzt in vielen Ländern der Welt unermüdlich vortragend geworben. In der Erinnerung sollten das die markanten Züge seines Wirkens bleiben.

ROBERT BECKER

# Zuschriften zum Tode von Hubertus Prinz zu Löwenstein.

An die Redaktion des ,,Reichsbanners"

Wer den am 28. November 1984 in Bonn an einem Herzversagen verstorbenen 78-jährigen Politiker und Schriftsteller Hubertus Prinz zu Löwenstein seit mehr als fünfzig Jahren kannte, muß vor allem seinen ständigen starken anti-nationalsozialistischen Kampf hervorheben. Als ich dem 25-jährigen Studenten aus Berlin zum ersten Male begegnete, war er bereits als Organisator der Jugend im REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD tätig. Er gehörte damals als Katholik der Zentrumspartei an und schrieb seine juristische Doktorarbeit ,,Umrisse und Idee des faschistischen Staates und ihre Verwirklichung". Kein Wunder, daß er wegen seiner REICHSBANNER-Tätigkeit ständig denunziert und als ,,Judenknecht" beschimpft wurde.
- Bis zu seinem Tode übrigens war er Präsident des wiedererstandenen REICHSBANNER. Er war auch Vizepräsident der UNION DEUTSCHER WIDERSTANDSKÄMPFER UND VERFOLGTENVERBÄNDE (UDWV).
- Ich habe damals im Preußischen Innenministerium eine Untersuchung gegen seine Denunzianten veranlaßt. Er hatte unseren Staatssekretär Wilhelm Abegg darum gebeten.
Mit diesem stand Prinz zu Löwenstein in enger Verbindung. Er beschwor auch den Staatssekretär, am 20. Juli 1932 gegen die Veranstalter des Papen-Putsches mit dem REICHSBANNER, der preußischen Polizei und den Gewerkschaften vorzugehen. Leider war man damals zu schlapp und verzichtete auf einen solchen Kampf, ,,um Blutvergießen zu vermeiden"!
Prinz zu Löwenstein wurde vom Hitlerregime ausgebürgert. In den USA waren wir oft miteinander in Verbindung. Während meiner Arbeit als Ankläger in den Nürnberger Prozessen nach dem Kriege, versuchte er auf Veranlassung von ehemaligen Beamten des Rippentrop'schen Auswärtigen Amtes zugunsten von deren angeklagten Kollegen zu intervenieren. Danach legte ich ihm die selbst verfaßten Dokumente dieser Herren über deren Beteiligung an der ,,Endlösung der Judenfrage" vor. Prinz zu Löwenstein war entsetzt, und er entschuldigte sich für seine Intervention.
Sein Leben war politischer Kampf. Seine Bücher sind wertvolle Werke.
Mit besten Grüßen
Dr. Robert M.W. Kempner

An den Bundesvorstand des
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
z.H. Herrn Helmut Esser

Zum Ableben des Bundesvorsitzenden, Herrn Hubertus Prinz zu Löwenstein, meine Anteilnahme.
Sein Wirken für die Demokratie im In- und Ausland wird unvergessen bleiben. Unvergessen für uns Norddeutsche aber sein Eintreten für die Rückgabe Helgolands an Deutschland im Jahre 1951. Mit dem Reichsbanner trauern um ihn viele.
Wir hätten den Verstorbenen in der Verwirrung unserer Zeit noch recht nötig gehabt. Welch edler Geist ist heimgegangen. Mit stillen Grüßen
Wilhelm Heidtmann, Stade

Lieber Herr Esser,
mit Bestürzung und aufrichtigem Bedauern las ich in der FAZ die Nachricht von dem Tode ihres Vorsitzenden, des Prinzen zu Löwenstein. Ich möchte Ihnen und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu diesem sicherlich sehr schweren Verlust meine und des Jungdeutschen Bundes Anteilnahme aussprechen...
Wir sind ja nicht mehr die Jüngsten und sehen immer wieder, wie die alten Kameraden von uns gehen.
Mit herzlichen Grüßen

Ihr Walter Gerlach, Göttingen